

Auer Tageblatt

Beschreibungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 83.

Anzeiger für das Erzgebirge

— Eigenes: Die Hebungspolizei...
Preisliste für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Pfennige, auswärts 25 Pfennige, 50 Pfennige, 100 Pfennige, 200 Pfennige, 300 Pfennige, 400 Pfennige, 500 Pfennige, 600 Pfennige, 700 Pfennige, 800 Pfennige, 900 Pfennige, 1000 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 271

Dienstag, den 22. November 1927

22. Jahrgang

Europa kann zwanzig Millionen Soldaten aufstellen!

Jetzt über eine Million Russen unter den Waffen.

Sondun, 19. Nov. Der Sekretär des Kriegsamtes, Worthington, Evans, hat heute eine Erklärung abgegeben, in der er sich gegen die „sensationalen und irrtümlichen Darstellungen“ wendet, die in der letzten Zeit von Lloyd George, Lord Rothermere und dem Arbeiterführer Thomas bezüglich der Stärke der europäischen Armeen abgegeben worden seien. Er sagte: Lloyd Georges Behauptung, die siegreichen Nationen hätten gegenwärtig über zehn Millionen Mann unter den Waffen, beruht auf falschen Informationen. Tatsächlich stehen

heute in Europa 8 552 000 Mann unter den Waffen. Davon entfallen aber 1 124 000 Mann auf die rote Armee in Rußland, so daß es ohne die Sowjetstreitkräfte insgesamt nur 2 428 000 Mann gibt, gegenüber 5 818 000 Mann im Jahre 1914. Der Minister betonte weiter, daß die britische Regierung alles Mögliche getan habe, um den Weg für die allgemeine Einschränkung der Rüstungen zu ebnen, und sagte: Wenn man den verminderten Wert des Geldes berücksichtigt, sind die Ausgaben für das britische Heer viel geringer als vor dem Kriege. Von den 4 1/2 Millionen Pfund für das Heeresbudget entfallen ungefähr acht Millionen Pfund auf Pensionen und Vergleichen, so daß für das eigentliche Heer nur 33 1/2 Millionen Pfund Sterling übrig

bleiben. Demgegenüber zeigt der Etat der roten Armee eine bemerkenswerte Steigerung, nämlich von 43 Millionen Pfund im Jahre 19 4/25 auf 67 Millionen Pfund im Jahre 1926/27.

Lord Rothermere erwiderte auf die Erklärungen des britischen Kriegsministers über die Zahl der bewaffneten Streitkräfte der europäischen Mächte. Er sagte: Ich verstehe nicht, was Worthington, Evans mit seiner Erklärung meint. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß im Falle einer Kriegsdrohung innerhalb von zehn Tagen

Frankreich vier Millionen Mann unter den Waffen haben würde, Italien 3 1/2 Millionen und die drei Staaten der Kleinen Entente 2 1/2 Millionen Mann, was insgesamt 10 Millionen Mann ergeben würde. In meinem Artikel habe ich die von Lloyd George genannten Zahlen benutzt, weil ich nicht den Wunsch hatte, den Eindruck zu erwecken, als ob ich übertriebe. Tatsächlich aber hat Lloyd George die bewaffneten Streitkräfte, die im Falle eines allgemeinen Krieges sofort mobilgemacht werden könnten, ganz erheblich unterschätzt. Das übrige Europa kann ohne Schwierigkeit weitere 10 Millionen ausgebildete Soldaten aufstellen, was eine Gesamtsumme von 20 Millionen Bewaffneter ergeben würde.

Krise im belgischen Kabinett.

Die strittige Militärvorlage.

Brüssel, 20. Nov. Die Krise innerhalb des belgischen Kabinetts hat sich weiter verschärft. Sie ist in der Hauptsache auf die Unstimmigkeiten über die Militärvorlage zurückzuführen. Der Ministerrat wird morgen darüber beraten. Der Vorschlag Jaspars, einen Sonderausschuß zur Prüfung der Frage der Militärdienstzeit einzusetzen, wird voraussichtlich von den Sozialisten abgelehnt werden. Man rechnet daher mit dem Rücktritt der sozialistischen Minister.

Brüssel, 20. Nov. Die Besprechungen unter den Kabinettsmitgliedern dauern an. Im Gegensatz zu den umlaufenden Behauptungen glaubt „Solo“ zu wissen, daß die sozialistischen Minister, auch wenn sie mit ihren Kollegen nicht übereinstimmen könnten, nicht demissionieren würden, da sie für den Fall einer Kabinettskrise die Demission des Gesamtkabinetts für nötig halten. Über soweit sei es noch nicht. Der Lan-

desverteidigungsminister werde dem Ministerrat Besegentwürfe zur Frage der Dienstzeit vorlegen, und Ministerpräsident Jaspars werde die Bildung einer gemischten oder einer rein parlamentarischen Kommission vorschlagen, die ein Einverständnis mit den Militärbehörden in der Frage der Dienstzeit herbeiführen solle.

„Derniere Heure“ sagt, daß die kritische Lage der Regierung nicht allein auf die militärische Frage zurückzuführen sei. Zwischen dem Industrieminister Dauters und dem Ministerpräsidenten Jaspars bestehe eine Meinungsverschiedenheit über die finanzielle Regelung der in dem Programm der großen öffentlichen Arbeiten vorgesehenen Errichtung von Elektrizitätswerken. Weitere Schwierigkeiten beständen zwischen dem Landwirtschaftsminister Baels und Jaspars bezüglich des Planes des Baues eines Kanals zwischen der Schelde und dem Terneuzenkanal.

Neuer Gewaltstreik des polnischen Diktators

Der Vorsitzende der Haller-Soldaten verhaftet.

Warschau, 20. Nov. Das Blatt „Pilsudski“, „Głos Prawy“, meldet die Verhaftung des Vorsitzenden des Bundes der Haller-Soldaten, Gustachlewicz, die im Zusammenhang mit der Verbreitung eines regierungsfeindlichen Flugblattes über den verschollenen General Jagoriski steht. Zugleich aber soll es sich um eine Verschwörung handeln. Gustachlewicz habe in dem Büro des Verbandes für nationale Einheit in der Kopernikus-Straße in Warschau den sogenannten Rat der Ritter des Rechtes gebildet. Unter feierlichen Zeremonien in einem dunklen Zimmer vor einem mit einem Kreuz geschmückten Tisch seien hier die Verschwörer von Gustachlewicz vereidigt worden. Einer von ihnen, ein gewisser Preis, habe bei der Polizei die Anzeige gemacht, daß Gustachlewicz ihn zu einem Attentat gegen Pilsudski habe überreden wollen. Die Rechtspresse schenkt diesen Angaben keinen Glauben, behauptet vielmehr, Pilsudski habe aus persönlicher Rache Gustachlewicz verurteilt. Außerdem sei Preis ein halb unzurechnungsfähiger Mensch. Gustachlewicz wurde gestern nach Demberg transportiert, da er mit den dort gleichfalls in Sachen des Jagoriski-Flugblattes Verhafteten in Verbindung gestanden haben soll.

Die Auflösung des polnischen Sejms und des Senats.

Warschau, 21. Nov. Ministerpräsident Dr. Bartel bestätigte in einer einem polnischen Pressevertreter gewährten Unterredung, daß Sejm und Senat am 28. d. M. mit Ablauf der Legislaturperiode auf-

gelöst werden. Die Neuwahlen würden dann im Februar stattfinden.

Anklagen gegen 63 polnische Abgeordnete.

Warschau, 21. Nov. Der Zionist Przegomb Wiegorn veröffentlicht eine Liste von 63 Abgeordneten, gegen die in der Sejmkanzlei Auslieferungsbefehle seitens der Staatsanwaltschaft wegen verschiedener Anklagen und Vergehen vorliegen. Von deutschen Abgeordneten stehen Domherr Klink und Abg. Graeb auf der Liste. Am 28. d. M. läuft mit der Legislaturperiode auch die Immunität der Abgeordneten ab.

Amtsenthbung Troglis.

Wien, 19. Nov. Auf Beschluß des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion wurde Troglis von seinen Amtspflichten als Vorsitzender des Hauptkonfessionskomitees entbunden. An seiner Stelle wurde Sandrow, der bisherige stellvertretende Vorsitzende, ernannt.

Eine Erklärung Georgiens zu den Tschernowetz-Sämannen.

Genf, 20. Nov. Der Genfer Vertreter der Nationalregierung Georgiens, Chabichidze, erklärte auf das Bestimmteste, daß seine Regierung in keiner Weise etwas mit den geflüchteten Tschernowetzern, die in Frankfurt a. M. entsetzt worden sind, zu tun habe.

Ostpreußen.

Von Dr. Kälz, M.D.M.

Es ist schmerzlich zu sehen, daß die deutsche Öffentlichkeit auch heute noch nicht der Lage Ostpreußens die Aufmerksamkeit schenkt, die dieses große deutsche Problem in der gesamtdeutschen Entwicklung beanspruchen muß. Wirtschaftlich und kulturell bedrängte und gefährdete Gebiete zu schützen und zu stützen, gebietet zu den dringendsten Staatsnotwendigkeiten. Eine solche Stützung darf aber keine vorübergehende Aktion sein, sondern muß planmäßig und auf lange Sicht angelegt von allen beteiligten Stellen betrieben werden. Im Sommer 1926 entschloß sich die Reichsregierung zu einem ersten Schritt, in dem sie in Gemeinschaft mit Preußen ein sogenanntes Sofortprogramm aufstellte, in dessen Verfolg zur Behebung der dringendsten wirtschaftlichen und kulturellen Notstände rund 40 Millionen Mark zur Verfügung gestellt wurden. Schon der Name „Sofort“-Programm zeigt, daß es sich um eine erstmalige Hilfsaktion handeln sollte, die ihre Fortsetzung in den kommenden Jahren finden müßte. In wirklich nennenswerten Umfang ist eine Fortführung dieses Programmes nicht erfolgt.

Daß die Abschüttelung Ostpreußens vom übrigen Deutschland sowohl wie vom früheren russischen Hinterland mit den stärksten wirtschaftlichen Erschwernissen verbunden sein muß, bedarf für jeden Einsichtigen eigentlich keiner näheren Darlegung. Ostpreußen bemüht sich selbst mit zäher Energie, eine Neuorientierung und Neufundierung seiner Wirtschaft zu finden, stößt aber dabei auch heute noch zum Teil auf geradezu ungläubiges Unverständnis. Ernsthaftige Finanzinstitute halten es noch heute für berechtigt, bei Gewährung von Realcredit, sofern sie sich überhaupt hierzu entschließen, einen besonderen Zinszuschlag als Risikoprämie für dieses deutsche Gebiet zu verlangen. In Wirklichkeit ist billiger und ausreichender Realcredit die erste Voraussetzung für die Ankurbelung der ostpreußischen Wirtschaft. Die stärkste Verbundenheit mit der Scholle kann nicht aufrecht erhalten werden, wenn ihre Bewirtschaftung nicht neben der Arbeit auch durch Kapital ertragreich gestaltet wird. In Ostpreußen aber keinen stärkeren Abwanderungstrieb nach dem Westen aufkommen zu lassen, als er ohnehin schon zu verzeichnen ist, liegt nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen und kulturellen Interesse dieses deutschen Vorpostenlandes mit seiner 900 Kilometer langen, von fremdem Volkstum umrandeten Grenze.

Schon in der Vorkriegszeit hat Ostpreußen sicherlich nicht immer die kulturelle Förderung in einer Entwicklung eines Schulwesens und Hochschulwesens erfahren, wie andere Gebiete. Eine archaische kulturelle Förderung wird Ostpreußen aber als Bollwerk deutschen Volkstums im Osten unbedingt erfahren müssen. Man sollte den Nutzen solcher Aufwendungen nicht von heute zu morgen mit dem Rechenstift alfernenmäßig feststellen wollen, aber das eine steht fest, daß ohne solche fördernden Aufwendungen das deutsche Volk bereinz vor einer Schlußrechnung im deutschen Osten stehen würde, deren Defizit in politischer und kultureller Hinsicht niemals wieder ausaglichen werden könnte.

Wer von den in Preußen und im Reich an der Verantwortung stehenden Politikern und Staatsmännern sich die Mühe genommen hat, die besondere Lage Ostpreußens an Ort und Stelle zu studieren und das Land sowohl wie seine Leute unmittelbar auf sich wirken zu lassen, wird nicht müde werden, neben der Klärung für die besetzten Gebiete eine starke Fürsorge auch für das abgetrennte Gebiet von Ostpreußen mit stärkstem Nachdruck zu betreiben. Ostpreußen muß wissen, daß es vom übrigen Deutschland nicht allein gelassen wird.

Dr. Strefemann und Dr. Curtius in Braunschweig.

Braunschweig, 20. Nov. Der Reichsminister des Inneren Dr. Strefemann und der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius sind zur Teilnahme an der morgen hier stattfindenden Zentralvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei eingetroffen.

Beschlüsse der Internationalen Radiokonferenz.

Washington, 20. Nov. Ein Antrag, der obliterarischen Schiedspruch in Streitfragen zwischen Nationen über die Konvention betreffend Funkentelegraphie vorsieht, wurde in der heutigen Plenarsitzung der Internationalen Radiokonferenz angenommen. Großbritannien und Japan sprachen sich gegen den Antrag in seiner jetzigen Gestalt aus, die Vereinigten Staaten unterstützten ihn zwar nicht so eifrig wie Uruguay, Mexiko und Argentinien, stimmten aber schließlich doch dafür. Der Plan der Zuweisung von Wellenlängen an die verschiedenen Radiodienste wurde in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen.